

Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

G 02531 NR. 161 / PREIS 2,60 €
MONTAG, 24. AUGUST 2015

Dax 10124.52 -2.95%	E-Stoxx 50 3247.26 -3.17%	Dow Jones 16459.75 -3.12%	S&P 500 1970.89 -3.19%	Euro/Dollar 1.1386\$ +1.28%	Euro/Yen 138.93¥ +0.15%	Brentöl 44.36\$ +0.09%	Gold 1160.95\$ +0.76%	Bund 10J. 0.564% -0.018PP	US Staat 2.037% -0.031PP
---------------------------	---------------------------------	---------------------------------	------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	------------------------------	-----------------------------	---------------------------------	--------------------------------

Die grüne Rechnung

Die Große Koalition trat mit dem Ziel an, die Kosten der Energiewende zu senken. Tatsächlich steigen sie, wie eine Studie zeigt - auf 28 Milliarden Euro im Jahr. Politik und Industrie sind alarmiert.

Klaus Stratmann
Berlin

Sigmar Gabriel (SPD) kann sehr eindringlich sein. Es müsse endlich eine „wirksame Kostenbremse“ im Energiesektor her, forderte der Bundeswirtschaftsminister Anfang 2014. Bei privaten sowie gewerblichen Konsumenten sei „mittlerweile die Schmerzgrenze überschritten“. Bei einem weiteren Kostenanstieg „haben wir mit Zitronen gehandelt“, befand er.

Anderthalb Jahre später steht fest: Ja, es ist offenbar tatsächlich mit Zitronen gehandelt worden. Die Kosten für die Energiewende steigen weiter. Das ermittelte das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Die Forscher errechneten für das Handelsblatt, dass die Energiewende künftig insgesamt 28 Milliarden Euro im Jahr koste.

Die Experten arbeiteten jüngste politische Entscheidungen ein. Allein die Zuschüsse für Kraft-Wärme-Koppelung sowie die Regelungen für alte Braunkohlekraftwerke, die nur noch als Reserve dienen sollen, verursachen laut IW Mehrkosten von jährlich zwei Milliarden Euro. Da fällt kaum ins Gewicht, dass Minister Gabriel mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

den Kostenanstieg bei der Förderung von Sonnen- und Windstrom gebremst hat. Unter dem Strich wird die als Exportschlager gedachte deutsche Energiewende nicht billiger, sondern teurer. Für einen Haushalt mit 3500 Kilowattstunden Stromverbrauch entstehen so Kosten von 270 Euro pro Jahr.

„Die Energiewende ist mit der Annahme gestartet, dass die Energiekosten hierzulande beherrschbar bleiben und international in vergleichbarem Maße ansteigen. Beides hat sich nicht bewahrheitet“, klagt Barbara Minderjahr, Geschäftsführerin des Verbands der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK). BDI-Präsident Ulrich Grillo schlägt angesichts der IW-Zahlen Alarm: „Die Berechnungen machen klar, mit welchen Kosten die Energiewende wirklich verbunden ist. Unterneh-



men fürchten, dass sie sogar noch weiter steigen.“

Die EEG-Reform aus 2014 reicht wohl nicht aus, wenn die Energiewende billiger werden soll. „Insgesamt muss die Große Koalition noch mal nacharbeiten“, sagt Carsten Linnemann, Chef der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union: „Die Folgen der Energiewende entwickeln sich zu einem bedrohlichen Standortnachteil, der Investoren abschreckt und Arbeitsplätze kostet.“

Es gibt auch andere Einschätzungen, etwa von Jürgen Karl, Professor für Energieverfahrenstechnik an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er befand nach einer Studie, dass die Alternative zur Energiewende auch nicht billiger gekommen wäre: „Wir heizen heute überwiegend fossile Energien, die immer knapper werden. Und damit ist klar, dass die Energiekosten allgemein steigen werden.“

Die teure Energiewende Seiten 4, 5

THEMEN DES TAGES

Polizei fordert Verbot von Demonstrationen

Nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen im sächsischen Heidenau muss sich die Politik harte Vorwürfe der Polizei gefallen lassen. „Alle Auswüchse von Gewalt waren vorhersehbar“, kritisiert die Deutsche Polizeigewerkschaft. Sie fordert ein Demonstrationsverbot rund um Flüchtlingsunterkünfte. **Seite 6**

Eine Spur führt nach Deutschland

Der verhinderte Anschlag auf den Thalys-Zug zwischen Amsterdam und Paris hat auch die deutschen Behörden alarmiert. Die Polizei sichtete den Attentäter Ayoub el-Khazzani am 10. Mai auf dem Flughafen Berlin-Tegel. **Seite 8**

Keine Briefe mehr am Montag?

Bei der Post läuft die Aktion unter dem Stichwort „Sommerflexibilisierung am Montag“. Dahinter verbirgt sich die Ankündigung, zu Wochenbeginn keine Briefe mehr zuzustellen – obwohl die Auslieferung für die Post keine freiwillige Angelegenheit, sondern gesetzliche Pflicht ist. **Seite 14**

FC Bayern auf dem Weg nach Shanghai

Möglicherweise schon im Herbst will Rekordmeister FC Bayern München ein eigenes Büro in Shanghai eröffnen, um von dort aus den chinesischen Markt zu erobern. Vorbild ist das vor 16 Monaten gegründete Büro in New York, erläutert Bayern-Vorstand Jörg Wacker im Interview. **Seite 24**

An den Märkten geht die Angst um

Am Anfang stand die Sorge um Chinas Wirtschaft. Doch inzwischen haben die Börsenturbulenzen die Märkte rund um den Globus angesteckt. Dem Dax droht der Sturz unter 10 000 Punkte. Stan Beckers, Chef von NN Investment Partners, warnt vor einer gefährlichen Abwärtsspirale. **Seite 30**

Ein weißer Ritter für die BHF-Bank?

Philippe Oddo, Chef der französischen Privatbank Oddo & Cie, liebt Deutschland seit seiner Jugend. Jetzt prüft er ein Übernahmeangebot für die Frankfurter BHF-Bank. Damit würde er dem chinesischen Konzern Fosun einen Strich durch die Rechnung machen. **Seite 46**

In den Rücken gefallen?

Die Deutsche Bank hat nach einer Steuerrazzia großen Ärger mit reichen Kunden.

Volker Votsmeier
Düsseldorf

Die Deutsche Bank hat sich dem Kulturwandel verschrieben. Anfang 2014 startete das Geldhaus deshalb eine interne Untersuchung, um steuerlich kritische Produkte aufzuspüren. Zu all den Skandalen sollten keine neuen hinzukommen.

Und tatsächlich: Das Institut wurde fündig, bei den Töchtern Deutsche Oppenheim und Sal. Oppenheim. Eine Kanzlei hatte im Auftrag der Bank steueroptimierte Produkte kritisch un-

ter die Lupe genommen. Dabei stellten die Juristen jene Luxemburger Steuersparfonds infrage, die die damals noch eigenständige Privatbank Sal. Oppenheim 2007 und 2008 verkauft hatte. Die Investoren konnten ihr Geld in eigens konzipierte Produkte stecken, in denen sie Spekulationsgewinne steuerfrei verbuchen konnten.

Die Deutsche Bank hat die Sache wegen des Verdachts auf Geldwäsche und Steuerhinterziehung angezeigt. In einer Großrazzia beschlagnahmten die Behörden Aktenschränke und Server der Institute. Gleichzeitig filzten die Ermittler Villen und Geschäftsräume etlicher Kunden.

Jetzt gehen einige Anleger auf die Barrikaden. „Das Vorgehen der Bank ist ein Affront“, sagt der Anwalt eines Investors. Sein Mandant werde die Beziehung zur Deutschen Oppenheim kappen – so wie viele weitere betroffene Klienten, zu denen auch die Gründer des Pharmakonzerns Hexal, Thomas und Andreas Strüngmann, gehören. „Wir durften die Kunden aufgrund der Rechtslage nicht vorher informieren“, rechtfertigt sich ein Deutsche Oppenheim-Sprecher. Die erbosten Kunden wird das kaum besänftigen.

Bericht Seite 28

Vertrieb: 3,20 € (Netto) 3,60 € (brutto) inkl. MwSt. und Post- und Versandkosten
Polen: 3,20 € (Netto) 3,60 € (brutto) inkl. MwSt. und Post- und Versandkosten
Ungarn: 10,00 HUF
Lithuania: 3,20 € (Netto) 3,60 € (brutto) inkl. MwSt. und Post- und Versandkosten
Czechia: 3,20 € (Netto) 3,60 € (brutto) inkl. MwSt. und Post- und Versandkosten
Tel: 0890-000055 (gebührenfrei innerhalb Deutschlands), Fax: 0211 887 3605, Redaktionsleitung: 0211 887 3605

10 03 5
4 19 023 3 102 609

Handelsblatt

- ▶ Kostspieliger Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft.
- ▶ Umlagen auf den Strompreis steigen ständig.
- ▶ Ärmere Haushalte werden überproportional belastet.

Die grüne Rechnung

Fortsetzung von Seite 1

Für Esther Chrischilles vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist die Sache klar: „In keinem anderen europäischen Land sind Abgaben und Umlagen so stark gestiegen wie in Deutschland. Das gefährdet auch die Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen“, sagt die Ökonomin. Sie hat den aktuellen Stand der Belastungen durch die Energiewende für das Handelsblatt errechnet.

Das Argument, die Wirtschaft werde ja an vielen Stellen privilegiert und trage nicht die volle Last der Umlagen auf den Strompreis, lässt sie nicht gelten: „Die allermeisten Unternehmen in Deutschland zahlen sämtliche Umlagen in vollem Umfang. Für viele dieser Unternehmen sind die hohen Umlagen ein echter Wettbewerbsnachteil“, sagt Chrischilles. Tatsächlich gelten die Ausnahmen - etwa bei der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) oder auch bei den Netzentgelten - insgesamt nur für einige Tausend Unternehmen. Und da Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen in Deutschland rund 70 Prozent des gesamten Stroms verbrauchen, ist auch klar, dass die Wirtschaft für den Löwenanteil der jährlichen Kosten von 28 Milliarden Euro aufkommen muss.

„Die hohe Kostenbelastung kann die deutsche Wirtschaft nicht auf Dauer mit

Innovationen und verstärkten Effizienzanstrengungen wettmachen“, warnt VIK-Geschäftsführerin Barbara Minderjahn. Die Folge sei eine sinkende Investitionsbereitschaft der Industrie.

Aber auch die privaten Verbraucher bekommen die Kosten der Energiewende zu spüren. Sie stehen für rund ein Viertel des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland. Mit einer jährlichen Belastung von 270 Euro für den Durchschnittshaushalt wirkt das auf den ersten Blick noch überschaubar. Allerdings ist die Dynamik beängstigend: Die Schwelle von 200 Euro wurde erst vor wenigen Jahren durchbrochen. Die Aussage einiger Politiker, die Energiewende koste die Verbraucher nicht mehr als einen Cappuccino pro Monat, ist schon lange widerlegt - und eine Trendumkehr bei der Kostenentwicklung ist nicht in Sicht.

In Relation zum eigentlichen Produkt, dem Strom, sind die Kosten für die Finanzierung der Energiewende beachtlich: „Die Umlagen auf den Strompreis sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, sie machen heute mehr als die Hälfte des Strompreises aus“, sagt IW-Expertin Chrischilles. Aus ihrer Sicht ist die Methode der Politik, immer neue Umlagen auf den Strompreis zu erfinden, an ihre Grenzen gestoßen: „Die Kosten entziehen sich einer echten parlamentarischen Kontrolle.“ Außerdem führten die Umlagen zu unerwünschten

Verteilungswirkungen, weil ärmere Haushalte überproportional belastet würden.

Auch in der Großen Koalition, beim konservativen Part, fällt das Resümee bitter aus: „Das gewünschte umweltpolitische Ziel der Energiewende wird viel zu teuer erkaufte und könnte viel günstiger erreicht werden“, sagt Unions-Politiker Carsten Linnemann. Er fordert „mehr Wettbewerb und Markt“.

Allerdings deutet nichts darauf hin, dass die Große Koalition in dieser Legislaturperiode noch die Kraft für entsprechende Entscheidungen findet. In diesen Tagen wird gerade über die neue Umlage für die Braunkohlekraftwerke verhandelt, die für die nächsten Jahre als Reserve zur Verfügung stehen sollen, wenn Engpässe bei der Stromproduktion drohen, etwa weil der Wind nicht weht. Erst 2013 war die „Offshore-Haftungsumlage“ eingeführt worden, weil es Probleme mit der Netzanbindung von Windparks auf hoher See gab.

Der Fantasie für neue Umlagen sind somit keine Grenzen gesetzt - die nächste Umlage kommt bestimmt. Klaus Stratmann



Windpark in Klanxbüll: Die Wirtschaft warnt vor zu hoher Kostenbelastung.



Die hohe Kostenbelastung kann die deutsche Wirtschaft nicht auf Dauer mit Innovationen und verstärkten Effizienzanstrengungen wettmachen.

Barbara Minderjahn
VIK-Geschäftsführerin

ERNEUERBARE ENERGIEN

Der größte Kostenblock

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Deutschland ist beachtlich: Im ersten Halbjahr 2015 lieferten Windräder, Photovoltaikanlagen, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen 34 Prozent des hierzulande erzeugten Stroms. Damit ist der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen größer als der Anteil, den Braunkohlekraftwerke oder Kernkraftwerke beisteuern. Aber dieser Strom ist teuer erkaufte. Mehr als 20 Milliarden Euro zahlen die Verbraucher Jahr für Jahr über die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Strom, der nur einen Bruchteil davon wert ist. Die EEG-Vergütung macht's möglich: Sie garantiert den Erzeu-

gern Preise, die durchweg deutlich über dem Marktwert liegen. „Wenn Erzeuger erneuerbarer Energien einen festen Preis garantiert bekommen, sogar wenn ihr Strom gar

nicht gebraucht wird, ist das absurd“, kritisiert Unions-Wirtschaftspolitiker Carsten Linnemann. Diese Regelung müsse für Neuanlagen gestrichen werden, fordert er. str



Solarpark in Ronneburg: Hohe Zahlungen für grünen Strom, der nur einen Bruchteil davon wert ist.

LEITUNGSBAU

Ohne neue Netze

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat die Stromproduktion verändert: Immer mehr Strom kommt aus den windreichen Regionen Norddeutschlands. In Ländern wie Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wird heute mehr Strom erzeugt, als vor Ort verbraucht werden kann. Also muss der Strom in die Verbrauchszentren im Süden und Westen geleitet werden. Die vier Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland - 50Hertz, Amprion, TransnetBW und Tennet - treiben deshalb mit Rückendeckung der Bundesregierung eines der größten Infrastrukturprojekte Deutschlands voran: den Ausbau der Netze von Nord nach Süd, teilweise über völlig neue Trassen,

Was die **Energiewende** den Stromverbraucher kostet

RECHNUNG

Sehr geehrter Stromverbraucher, auf Basis der Energiewende erhalten Sie folgende Rechnung:

Pro Haushalt
270 €
im Jahr

		Gesamtkosten in Mio. Euro pro Jahr	Kosten je Haushalt in Euro pro Jahr
EEG-Umlage	Differenzkosten 2015, ohne vermiedene Netzentgelte, ohne Vorjahresausgleich	21 066	208,50
Umlage für Kraft-Wärme-Kopplung	Zuschlagszahlungen 2015, ohne Nachholung, ohne Vorjahresausgleich	562	7,70
Offshore-Haftungsumlage	Entschädigungszahlungen 2015, ohne Vorjahresausgleich	422	4,30
Förderung Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung		22 050	220,50
Übertragungsnetz	Ausbaukosten bis 2024 (NEP 2014, umgerechnet in Annuitäten, 100 Prozent Fremdkapital)	1 555	10,60*
Verteilernetz	Ausbaukosten bis 2022 (BMWl Verteilernetzstudie, umgerechnet in Annuitäten, 100 Prozent Fremdkapital)	1 223	8,40*
Offshore	Ausbaukosten bis 2024 (NEP 2014, umgerechnet in Annuitäten, 100 Prozent Fremdkapital)	1 343	9,20*
Netzausbau		4 121	28,20
Braunkohlereserve für den Strommarkt	Entschädigungen für Kraftwerksbetreiber	730	4,90*
	Strompreiseffekt	555	3,20
Zusätzliche Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung	Erhöhung der Umlage	750	13,30
Zusätzlich Kohleausstieg		2 035	21,40
Gesamt		28,2 Mrd. €	270,10 €

In Deutschland
28 Mrd. €
pro Jahr

Quellen: Übertragungsnetzbetreiber, NEP 2014, O-NEP 2014, BMWl-Verteilernetzstudie 2014, Bundeswirtschaftsministerium, eigene Berechnungen

Handelsblatt | *fiktive Umlage

ENERGIEWENDE DIE RECHNUNG

Bei der EEG-Umlage hat das IW eine „Kernumlage“ von 5,957 Cent ermittelt, die von der eigentlichen Umlage von 6,17 Cent abweicht. Die Kernumlage enthält allein die prognostizierten Kosten für 2015 – ohne Verrechnungen mit dem Vorjahreskonto. Analog wurde bei der KWK- und der Offshore-Umlage verfahren. Bei den Netzentgelten hat das IW versucht, den Anteil zu ermitteln, der aus dem Netzentwicklungsplan und der Verteilernetzstudie des Bundeswirtschaftsministeriums folgt. Kosten, die der Finanzierung des Bestandsnetzes dienen, bleiben unberücksichtigt. Hinzu kommen die Kosten für die Umsetzung der am 1. Juli verabschiedeten Eckpunkte (Kapazitätsreserve, Erhöhung KWK-Förderung).

keine Energiewende



Arbeiten an einer Leitung: Der Ausbau der Netze von Nord nach Süd kostet Milliarden.

teilweise mittels neuer technischer Lösungen. Das kostet. Die Schätzungen variieren. Unstreitig ist, dass in den kommenden Jahren zweistellige Milliardenbeträge aufgebracht werden müssen. Bezahlt wird das von den Stromkunden. Sie finden auf ihren Stromrechnungen den Posten „Netzentgelte“. Dahinter verbirgt sich die entsprechende Umlage. Entlastungen gibt es in zwei Varianten: Unternehmen, die das Netz überwiegend dann beanspruchen, wenn es ansonsten weniger gebraucht wird – etwa nachts oder am Wochenende –, werden für die „atypische Netznutzung“ honoriert. Einige wenige große Verbraucher können sich sogar ganz von den Netzentgelten befreien lassen. str

KAPAZITÄTSRESERVE

Geld für alte Kraftwerke

In der vergangenen Woche haben die Betreiber von Braunkohlekraftwerken mit den Fachleuten aus dem Bundeswirtschaftsministerium zusammengesessen. Ihr Thema: Wie organisiert man die künftige Kapazitätsreserve bestehend aus alten Braunkohlekraftwerken mit insgesamt 2,7 Gigawatt Leistung? Die Antwort, deren Details in den kommenden Tagen publik werden dürften, ist im Prinzip klar. Die Anlagenbetreiber nehmen ihre betagten Braunkohlekraftwerke aus dem regulären Betrieb, halten sie für Engpasssituationen bereit und erhalten dafür im Gegenzug eine Entschädigung. Die wiederum führt zu einer neuen Umlage. Darauf hatten sich die

Chefs von CDU, CSU und SPD bereits am 1. Juli grundsätzlich verständigt. Es geht um 230 Millionen Euro pro Jahr sowie um Einmalzahlungen von „ein bis zwei Milliarden

Euro“, so heißt es in Papieren des Wirtschaftsministeriums. Wenn die Details unter Dach und Fach sind, dürfte auch die exakte Höhe der Umlage bald feststehen. str



Braunkohlekraftwerk in Jämschwalde: Alte Anlagen sollen eine Kapazitätsreserve bilden. Die Verbraucher zahlen.